

# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die sechsseitige Fortsetzung 1,30 RM., Wochenpreis 4 50 RM.

Abonnementpreis: Die sechsseitige Fortsetzung 1,30 RM., Wochenpreis 4 50 RM.

Abonnementpreis: Die sechsseitige Fortsetzung 1,30 RM., Wochenpreis 4 50 RM.

Monatliche Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle S. — RM. von unserer Zeitung ins Haus gebracht 8,00 RM Einzelnummer 65 Hg.

Bestellbestände und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitungstraße 10, auch von unserer Zeitung ins Haus gebracht.

Antikares Verbandsorgan für die Stadt Teuchern.

№ 71

Dienstag, den 20. Juni 1922.

61. Jahrgang

## Ernte und Industrie.

Das ist der große Unterschied in der Produktion des Getreides und der Industrie: Wenn in der letzteren die Produktion von bestimmten Gegenständen begonnen wird, so darf man auch annehmen, daß sie zur vollen Produktion kommen wird. Wenn im Getreide aber die ersten Früchte geerntet sind, so ist die Ernte beendet. Die Ernte der Getreide ist also einmalig, während die Produktion der Industrie ein kontinuierlicher Prozeß ist.

Eine fruchtbarere Ernte wäre für unser heimatliches Publikum schätzenswert, am schätzenswertesten für die Industrie. Denn sie würde die Produktion der Textilindustrie ganz bedeutend fördern, selbstverständlich nicht nur bei uns, sondern in allen Kulturstaaten. Es liegt uns keine bestimmte Angabe über die zu erwartende Ernte in den Hauptproduktionsländern vor, aber zu erwarten ist, daß ein voller Ausgleich zwischen den Ländern ist, daß ein guter und folgerichtig geringere Ernte nicht eintreten wird. Die Wirtschaftskrisis ist doch, soviel vom Weltmarkt für uns keine Erleichterung zu erwarten ist.

Bei der heutigen Verhältnisse des Weltmarktes soll man sich hüten, die Stimmung durch Schwarzmalerei zu verdirren, es kann ja schließlich doch besser kommen, als man denkt. Aber die Situation zwingt dazu, die Grundtendenzen der Dinge klar zu halten. Man sollte die Möglichkeit der Wirtschaftskrisis nicht außer Acht lassen, sondern sie ernstlich bedenken. Es handelt sich nicht allein darum, die Arbeitslosen in größerer Maßgabe zu versorgen, sondern auch einem Überfluß der steuerlichen Leistungen der Industrie für die Reichsregierung vorzubeugen. Dies muß in einem zweiten, wenn sich durch einen Rückgang der Produktion z. B. die Erträge aus der Umsatz- und Kapitalsteuer, sowie die der Post und Eisenbahn bedeutend verringern werden.

Verdrängen wir die Lage in der Textilindustrie. Der während des Krieges hervorgetretene große Mangel an Fertigfabrikaten ist auch heute noch nicht völlig beseitigt worden, aber doch nicht deshalb, weil es an Waren fehlt, sondern weil sie zu teuer sind. Im allgemeinen sind wir heute noch in einem Grade Markt einfluss, sondern es sieht sich die Preisfrage an und bedarf auch der Tatsache, daß für die heimische Industrie Arbeit bleiben muß. Die Erzeugung von Waren ist schon wieder ziemlich lebhaft, und die Wirtschaftslage ist nicht ganz so schlecht, wie man früher dachte. Die Wirtschaftslage ist nicht ganz so schlecht, wie man früher dachte. Die Wirtschaftslage ist nicht ganz so schlecht, wie man früher dachte.

Die Aufgabe der deutschen Reichsregierung ergibt sich aus der Situation der Ernte von selbst. Die Wirtschaftskrisis der Industrie darf durch die Anforderungen des Steuerfiskus nicht unterbrochen werden, denn sonst wären wir erst recht unten durch. Die Verluste werden durch höhere Zölle so wie so zu steigen, und wenn die ungenügenden Ernteerträge nicht zu einer größeren Anzahl von Staaten erstrecken, werden diese von selbst benötigt bleiben, sich Arbeit und Absatz zu sichern. Von besonderer Wichtigkeit wird es für uns sein, den begehrtesten deutschen Waren die Ausfuhr offen zu halten, denn ein solcher Rückgang nimmt ein Ausmaß an.

Wir befinden uns also in einer Zeit, in der jeder Schritt rechtzeitig überlegt sein muß. Wenn die Weltwirtschaft mit Deutschland noch so glücklich verknüpft wie vor 1914, so könnte das nicht unberücksichtigt werden. Aber das ist eben nicht der Fall. Aber viele Leid trägt auch die Ernte dazu bei, mit einem Teile der Vorteile und Fortschritten aufzukommen, die jetzt noch die Welt erfüllen. Eine geringe Ernte ist ein Faktor, an dem sich nicht mit Worten vorbeigehen läßt.

## Abschied von Oberschlesien.

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

## Die Getreidemlage.

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

## Die Not der Presse.

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

## Dampferkatastrophe im Hamburger Hafen.

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

## Vom Getreidemarkt.

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

Die Abreise der Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: „Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat uns gelehrt, daß wir nicht nur auf den Auslandsmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den heimischen Markt. Wir müssen uns auf den heimischen Markt einstellen und die Produktion steigern.“

**Preisnotierungen.**  
Getreidenotierungen in Markt je Tonne. Chicago: Weizen 12 851-12 952, Mais 7 061-8045. Berlin: Weizen 14 780-14 900, Roggen 11 440-11 520, Sommergerste 13 100-13 400, Winter 12 240-12 400, Mais 10 100 bis 10 200. Hamburg: Weizen 14 500-14 700 (ausl. bis 14 000-17 500), Roggen 11 500-11 700, Safer 13 200 bis 13 500, Sommergerste 13 100-13 400, Mais 10 240 bis 10 300. Braunschweig: Weizen 16 530-16 750, Roggen 12 750, Gerste 15 250-15 750, Safer 14 000, Mais 11 000. Bismarck: Weizen 16 800-17 000 (ausl. 16 500-16 750), Roggen 13 100-13 300, Safer 14 300-14 700 (ausl. 13 300 bis 14 300), Wintergerste 13 750-14 000, Wintermais 11 400-11 700, Mais 11 000-11 350.  
Kartoffelpreise der Preisermittlungskommission in Markt je Zentner: Geringpreis für Speisekartoffeln ab Berlin: Berlin: Weize und Hott. 100-105.  
Rübenpreise: Berlin: 140 bis 1157 M. im Durchschnitt, Roggenpreis 6550, niedrigster Preis 5280 M. Hamburg: 738 bis 1. Qualität 6180 M. im Durchschnitt (Geldpreis) 6195, niedrigster Preis 6100 M., 16 bis 2. Qualität 6000 M. im Durchschnitt. Bremen: 1274 bis 1. Qualität 5650 bis 6630, niedrigster Preis 5970 M., 2. Qualität 3500-5940 Markt.

### Deutsches Reich.

19. Juni 1922.  
Die 50 weiteren Goldmark eingehaft. Die von der deutschen Regierung nach den Bestimmungen des Moratoriums am 15. Juni zu leistende monatliche Zahlung von 50 Millionen Goldmark ist von der Reparationskommission hierfür bezeichneten Banken eingehaftet worden.  
Nationalisierung des Bismarck-Monuments. Die Reparationskommission hat das Abkommen des Bismarck-Monuments über die Sachleistungen endgültig ratifiziert. Sobald der Reichstag die Zustimmung seinerseits ratifiziert haben wird das Abkommen für allen Beteiligten in Kraft treten. Der Reichstag schreibt, daß die französischen Kriegsgesellschaften jedoch in einigen Tagen in die Lage sein würden, sich direkt mit den deutschen Fabrikanten in Verbindung zu setzen, um Reparationsleistungen zu bekommen, die von der Reparationskommission Deutschland zugesprochen worden.  
Die Steuererhebung der Sämereien und Getreiden. Die Abgabe zum Landsteuerzweck, die dem Reichslandtag nach im Juni zugehen soll, regelt die Anteile der Länder und Gemeinden am Einkommen der Reichslandtag neu und erweitert die Steuerbefreiungen der Länder und Gemeinden. Für die Gemeinden kommen hauptsächlich die Erhebung einer Fabriksteuer für Begegnung und eine kommunale Getränkesteuer in Frage. Die Gemeinden können außerdem Zuschüsse zur Grundbesitzersteuer und zur erhöhten Umsatzsteuer erheben. Die Länder erhalten Anteile an den Einkommen, Körperschafts-, Erbschafts-, Grunderwerbs-, Umsatz-, Kennzettel-, Gewerbesteuer- und Kraftfahrzeugsteuer.

Die neuen Feuerungsanlagen für die Beamten. Nach eingehenden Erörterungen hat der Befehlshaber der Deutschen Beamtenverbände der Bundesleitung vorgelegt, für eine den Feuerungsverhältnissen angemessene neue Erhebung des Heizwertzuschlags einzutreten. Unmittelbar nach Abschluß der gegenwärtigen Feuerungsanlagen soll eine grundsätzliche Prüfung des Befehlshaberwesens vorgenommen werden. Der Deutsche Beamtenbund hat den Reichsfinanzminister ersucht, die sofortige Zahlung von Vorküpfen auf die zu erwartenden höheren Bezüge in die Wege zu leiten. Ein Beamtenausschuß des Reichsverbandes erklärt, ein Regierungsvorhaben, daß die Reichsregierung die Notwendigkeit von Feuerungsmaßnahmen nicht verleugne, jedoch genügt gewesen sei, den Ausgang der Pariser Verhandlungen abzuwarten. Die Regierung ist bereits in Erwägung eingetreten, in welchen Ort und in welchem Maße diese Erhebung erfolgen muß. Eine abschließende Entscheidung ist noch nicht möglich, da zunächst noch mit den wirtschaftlichen Verbänden der Beamten, Arbeiter und Angestellten Prüfung genommen werden muß. Dies soll am Dienstag, den 20. Juni, geschehen. Am allgemeinen Abend die zu treffenden Maßnahmen, die in der Richtung einer Erhebung des Feuerungsbeitrages liegen.

Reichstagsanfrage wegen der Getreidemalage. Berlin, 18. Juni. Morgen beginnt im Reichstag der Kampf um die Getreidemalage. Reichsrat und Reichsministerialrat haben der Malage zugestimmt, im Reichstag ist die Lage jedoch unklar. Nicht nur die Reichsparteien stehen geschlossen gegen das Antragsgesetz, auch die zahlreichen Vertreter der Landwirtschaft im Zentrum und eine ganze Anzahl der freien Wirtschaft sind, sind Gegner des Gesetzes. Unbedingte und zweifelsfrei geschlossen für das Antragsgesetz sind nur die sozialistischen Parteien. Es besteht daher die Möglichkeit, daß der Gesetzesentwurf von Wehring abgelehnt wird. In einem an den Reichstag gerichteten Schreiben gebührenden Hinweis auf die Wichtigkeit der Malage für den Reichstag und die Bauern, wenn dieser Fall eintreten sollte.

Erhöhung der Kohlenpreise. Essen, 18. Juni. Zur Deckung der durch den jüngsten Schieferbruch erfolgten Erhöhung der Bergarbeiterlöhne werden die Kohlenpreise erhöht werden. Die Durchführung der Preis- und Löhnerhöhung ist davon abhängig, ob sich die Bergarbeiter zum Abschluß des fünfzig abgelehnten Preisvertrages abstimmen bereit finden. Die Kohlenpreiserhöhung wird etwa 1000 Mark für die Tonne betragen; sie wird natürlich auch eine entsprechende Erhöhung der Eisenpreise nach sich ziehen.

200 Jahre der Berliner Bürgergemeinde. Germania i. Sa., 18. Juni. Der hiesige Ort und die weitestverbreitete Bürgergemeinde beglücken gestern und heute in zahlreichen festlichen Veranstaltungen den Tag ihres zweihundertjährigen Bestehens.

Die Haager Konferenz. Haag, 18. Juni. Die zweite Volltagung der Haager Konferenz beendete sich mit Freude der

Organisation. Die nähere Sitzung findet Montag statt. Die Mitglieder der Konferenz sind sich darüber einig, daß sie nur Unterabordnete ihrer Regierung sind, die nur eine Studienkommission zu bilden haben, daß alle Beschlüsse von den Regierungen zu fassen sind. Die Verantwortung für alle Entscheidungen bleibt also in den Händen der zu Hause gebliebenen Premierminister. Man sieht auch, daß die Konferenz erst nach der Beendigung der Arbeit Lloyd George und Poincaré ihre eigentlichen Arbeiten beginnen wird.  
Wien, 19. Juni. Die Staatsangehörigen haben dem Abzug des Bundeskanzlers folgend auf einen Teil der ihnen laut der Indogef. zusammenkommene Erhöhung ihrer Bezüge pro Juni verzichtet.

### Kattowitz geräumt.

Den Polen übergeben.  
Am Sonnabend ist in Kattowitz die deutsche Polizei eingezogen und enthaftet worden. Am selben Tage trat der polnische Beamtenapparat in Funktion. Auch die Bahn wurde am Sonntag von den Deutschen, Post und Eisenbahn der polnischen Behörden übergeben. Am Abend rückten die Franzosen ab. Dienstag werden die Polen einziehen.  
Wesentlich wie in Kattowitz hat auch im übrigen Oberschlesien am Sonnabend die Übergabe der Verwaltung an die deutschen bzw. polnischen Behörden begonnen. Sie erfolgt planmäßig nach Einteilung des Gebietes in sechs Verwaltungszonen und wird 24 Tage in Anspruch nehmen, also am 10. Juli beendet sein. In den einzelnen Zonen wird zunächst die Polizei und die Abfuhrspolizei aufgestellt werden, einen Tag darauf werden sich die internationalen Truppen zurückziehen und vier Stunden nach ihrem Abzuge wird der Einzug des deutschen bzw. polnischen Militärs erfolgen.

### Die Mächte der Mittellage.

Der deutsche und der polnische Bevollmächtigte veröffentlichen zwei Erklärungen, durch die sie die Gewalttätigkeit der Räumungskommission aufs schärfste verurteilen, und in denen es heißt, daß den Mittellagen die Mächte erzwungen werden müßten, sobald die Mächte die Regierungen werden auch ferner dafür sorgen, daß die einzelnen Bewohner auf ihrem Wohnsitz bleiben können.

Sindenburg. Rüdiger einem Auftragsmandat auf dessen Seite sich Zivilisten schlugen, und einer kleinen französischen Abteilung kam es zu einem Feuergefecht, wobei vier Zivilisten getötet wurden.

Kattowitz, 19. Juni. 200 Mann polnischer Polizei übernahmen gestern Abend nach einer kurzen Instruktion im Polizeihauptamt den Dienst in der Stadt. Weitere Polizeimannschaften trafen kurz vor Witteratz in Kattowitz ein. Der Belagerungszustand wird weiter aufrechterhalten.

Kattowitz, 19. Juni. Als eine der letzten Städte wird auf Grund des Räumungsabkommens Kattowitz von den internationalen Truppen am 2. und 3. Juli geräumt werden. Die internationalen Zivilverwaltung wird die Stadt am 3. Juli verlassen, sobald der Einzug der Reichswehr am 4. Juli erfolgen kann.

### Verdoppelung des Brotpreises?

Notmachten nur für Bedürfnisse.  
Der Vertreter der Presse begründete Staatssekretär Dietrich vom Reichsernährungsministerium die Notwendigkeit der Erhebung einer Getreidemalage auch für die kommende Ernte. Mahgehend sei die Tatsache, daß die diesmalige Getreideernte sehr geringfügig auszufallen ist und die wichtigste Nahrungsgrundlage der Bevölkerung die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide nicht genügt.  
Ueber die künftige Preisgestaltung führte er aus, die Regierung beabsichtigt nun nicht, eine starre Preisfestsetzung für das ganze Wirtschaftsjahr festzusetzen, sondern will diese Preise von Zeit zu Zeit nachprüfen. Eine besonders schwierige Frage sei der Verkaufspreis, und hier ist es jetzt notwendig, daß mit betriebligen Verdoppelung des Brotpreises zu rechnen wäre. Gewisse Erleichterungen für die Getreidewirtschaft vertritt sich die Regierung daraus, daß der Preis der Brotmarkenfabrik nur auf die wirklich benötigten beschränkt werden sollte.

Das Gesetz über die Getreidemalage ist dem Reichstag bereits zugegangen.

### Anlands-Rundschau.

Ein polnischer Orden für Unabhängigkeit.  
Die polnische Regierung hat einen Orden für die Unabhängigkeit in Oberschlesien gestiftet. Dieser bestand nur ein von privater Seite gestiftetes Erinnerungsgeld, dessen Tragen aber offiziell verboten war. Das Band des neuen Ordens wird mit anderen Orden auch an Ausländer getragen. Die polnische Regierung übernimmt durch diesen Orden also vor aller Öffentlichkeit die Verantwortung für die überschüssigen Unabhängigen.  
Französischer Durchbruch neuer Forderungen.  
Besonders unangenehm berührt es die Pariser Presse, daß der belgische Standpunkt auf der Konferenz in Haag sich wesentlich der Auffassung der Engländer genähert zu haben scheint. Die belgische Delegation gab in Haag zu verstehen, daß sie der Auffassung der Engländer, sich nicht in wirtschaftliche Diskussionen mit den Russen einzulassen, nur bedingungsweise zustimmen könne. Es ist deshalb klar geworden, daß Frankreich, wenn es darauf bestehen sollte, von den Russen von demheren grundsätzliche Forderungen zu verlangen, sich neuerdings isolieren werde und auch bei Belgien kein Einfluß zu gewinnen finden könnte. In den französischen Kreisen ist man besorgsam, daß darüber sehr enttäuscht und sehr feiner Zweifel mehr darüber, daß die Russen beim zweiten Teil der Haager Verhandlungen sich nicht einer geschlossenen Front der Großmächte gegen-

überheben werden, sondern daß im Gegenteil die Differenzen in dieser Hinsicht zwischen den einzelnen Staaten weiter bestehen werden.

Lenin für lange Zeit verbleibend.  
Nunmehr ist die Sowjetregierung nicht mehr umhin, den sorgfältig am Lenin geborenen Schicksal des Geheimnisses etwas zu klären. In einer amtlichen Darstellung heißt es sehr vorsichtig, Lenin werde auf freier Grund (2), deren Folgen noch kurz eine Begründung verfaßt worden sind. Im wiederleistungsfähig zu werden, müsse er sich längere Zeit mindestens bis zum Herbst, von den Staatsgeschäften zurückziehen und auf jede Tätigkeit verzichten. Seine Rückkehr zur politischen Arbeit nach einer längeren Ruhepause sei wahrscheinlich. Andere Meinungen wollen dagegen wissen, daß der Zustand Lenins jede geistige Arbeit in naher oder ferner Zukunft vollkommen ausschließen wird.

### Poincaré in London.

Poincaré ist Freitag Abend in London eingetroffen. Sein Londoner Besuch gilt zwar offiziell als unpolitisch, trotzdem kommentieren die französischen Blätter ihn eifrig im Sinne der englisch-französischen Annäherung, in welchem Verhältnis sie von den französischen Interaktionen zwischen der englischen Westküste unter Führung Lord Derby eifrig unterstützen werden. So schreibt „Petit Parisien“, ganz Frankreich habe den glänzenden Wunsch, daß Poincaré und Lloyd George ihre Begegnung denkwürdig, um die zwischen Frankreich und England bestehenden Missverständnisse zu beseitigen. Frankreich sei selbst für den Fall der Notwendigkeit von Sanftmütigen entschlossen, auf die Befestigung des Ruhrgebiets zu verzichten, weil sie den Engländern unerträglich sei.

### Die neue irische Verfassung.

In dem jetzt veröffentlichten Entwurf der neuen Verfassung Irlands wird dieses als gleichberechtigtes Dominion anerkannt. Die nationale Sprache ist irisch. Männer und Frauen haben die gleichen Rechte. Presse, Mebes, Religions, Versammlungen und Koalitionsfreiheit werden garantiert. Parlament und Senat werden nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Die Abgeordneten haben den Recht den Freizug zu lassen. Die Gesetzesvorlagen erfordern die Zustimmung des Königs. Abgesehen von dem Fall, daß ein tatsächlicher Angriff erfolgt, soll der Freizug nicht gestoppt sein, an irgendeinem Striege ohne Zustimmung seines Parlaments teilzunehmen.

London, 19. Juni. Anderson eröffnete gestern die Konferenz der zweiten Internationalen mit einer Ansprache, in der er ausführte, die Einheit der Arbeiterklasse der Welt werde in mehreren Ländern durch die rote Internationalen bedroht. Der Gegenstand zwischen den russischen Arbeitern und den russischen Kommunisten sei der Gegenstand zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunisten verachteten die Freiheit der Rede, die Freiheit der Presse und die Wahl. Solche Angriffe auf die persönliche Freiheit werde die englische Arbeiterschaft ihres Widerstandes kenne. Gegenwärtig ist die Einheit unter den arbeitenden Klassen besonders wichtig. Dennoch seien die arbeitenden Klassen niemals mehr gehalten gewesen als gerade jetzt. Mit den gegenwärtigen herrschenden Spaltungen unter ihnen würden sie als internationaler Faktor nutzlos bleiben.

### Die deutschen Besitzungen an Italien.

Rom, 18. Juni. In der Kammer gab der Schatzminister Deano Zahlen über die deutschen Sachleistungen an Italien. Diese erreichten bis Ende April dieses Jahres einen Wert von 90 Millionen Goldmark. Für das laufende Jahr sind noch solche von 260 Millionen Goldmark in Ausführung begriffen. Italien habe schon 28 000 Stück Vieh gehalten und werde im Laufe des Jahres weitere 30 000 Stück erhalten.

20 000 Franzosen obdachlos.  
Neuchâtel, 18. Juni. In Avenue auf Longjumeau ist eine Feuerbrunst ausgebrochen, die 40 000 Einwohner zum Obdachlosen verurteilt hat. 20 000 Einwohner sind obdachlos. Der Schaden wird auf 4 Millionen Dollar geschätzt.

### Preussischer Landtag.

Berlin, 17. Juni 1922.  
Vat des Innern. Der erste Redner, der demokratische Amtsvorgänger des jetzigen Ministers, Abg. Dominicus, gedent zunächst der Abtrennung Oberschlesiens. Die Abgeordneten haben sich hierbei von ihren Plätzen erhoben.

Er kommt dann auf den Etat selbst zu sprechen. Er bekräftigt die kommende Landgemeindeordnung und das Schulpolizeigesetz. Er wendet sich gegen jede Politisierung der Polizei und wünscht festeren Ausbau der Technischen Polizei. Regimentsminister erkennt er als berechtigt an, doch dürften sie nicht parteipolitisch ausgenutzt werden.

Dann kommt die zweite Redeernennung an die Reihe. Der Sozialdemokrat Simberg stellt sich hinter die Erhebung, auch als Staatsminister dieser Ex-Regierung. Er fordert weitgehende Demokratisierung der Verwaltung und der Schulpolitik und erklärt die Technische Polizei für ein notwendiges Uebel. Sie sei eine Gefahr für den gewerkschaftlichen Kampf.

Abg. Dr. Heß (Str.) spricht über die Beamtenpolitik. Er verlangt härtere Berücksichtigung des politischen Volkstums und Vorkämpfer gegen die Sozialdemokraten, denen er katholischfeindliche Politik vorwirft.

Abg. Lüdike (Dnat.) erwidert ihm kurz. Minister Sebering erwidert darauf nochmals das Wort und erklärt, daß unter den jetzigen Umständen die Schulpolitik erhalten bleiben muß. Der Ausländerbewegung unter den Polizeibeamten kenne die Regierung bei ihren nächsten Finanzen nicht ernsthaft entgegen.

Die übrigen Redner der zweiten Garnitur bringen nichts wesentlich Neues mehr. Es kommt noch zu einem Zusammenstoß zwischen dem Unabhängigen Martin, der auf Sindenburg schimpft, und den Demokratischen. Dann spricht noch kurz der Demokrat Brandt über Demokratisierung der Verwaltung, worauf man sich auf Montag bezieht.





# Wöchentliches Wüsteiger

für Teuchern

und Umgegend

Abonnementpreis: Die halbjährliche Ausgabe 1,30 RM., Jahresausgabe 2,50 RM.

Abonnementpreis in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10, bis Sonntag vormittags 9 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Wöchentliche Ausgabe: 10 Pf. (einschl. Porto) 8.00 RM. von letzter Seite bis zum Ende 8.00 RM. Einzelnummer 65 Pf.

Bestellungs- und Anzeigenpreise werden außer in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von letzter Seite bis zum Ende des Monats angenommen.

Amstliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 71

Dienstag, den 20. Juni 1922.

61. Jahrgang

## Ernte und Industrie.

Das ist der große Unterschied in der Produktion des Getreides und der Industrie: Wenn in der letzteren die Produktion von bestimmten Gegenständen begonnen wird, so darf man auch annehmen, daß sie zur Vollendung gelangt, daß also in absehbarer Zeit die fertigen Werte geschaffen sind. Ganz anders mit der Landwirtschaft! Wenn im Herbst oder im Frühjahr die Saaten der Erde anvertraut sind, so besteht wohl die Erwartung auf einen Durchschnittsertrag, aber ob er sich tatsächlich einstellt, das weiß niemand. 1921 war es weniger, 1922 scheint es infolge der langen Trockenheit noch weniger zu werden als 1921.

Eine knappe Ernte wäre für unser wichtiges Publikum schlimm, am schlimmsten für die Industrie, denn sie würde die Kaufkraft der Bevölkerung ganz bedeutend schmälern, selbstverständlich nicht nur bei uns, sondern in allen Kulturstaaten. Es liegt noch keine bestimmte Angabe über die zu erwartende Ernte in den Hauptproduktionsländern vor, aber zu erwarten ist, daß ein voller Ausgleich zwischen den Ländern mit guter und solchen mit geringerer Ernte nicht eintreten wird. Die Weltmarktpreise sind hoch, so daß noch Kaufkraft für uns keine Erleichterung zu erwarten ist.

Bei den heutigen Verhältnissen des Weltmarktes soll man sich hüten, die Stimmung durch Schwarzmalerei zu verhässern, es kann ja schließlich doch besser kommen, als man denkt. Aber die Situation zwingt dazu, die Entwicklung der Dinge nicht im Auge zu behalten und sich vor Maßnahmen zu hüten, welche die möglichen Vorteile verheeren können. Es kann nicht nur allein darum gehen, die Arbeitslosigkeit in größerer Maßstäbe zu verhüten, sondern auch einen Verfall der finanziellen Leistungen der Industrie für die Wirtschaft zu vermeiden. Dies muß in einzelnen, wenn sich durch einen Rückgang der Produktion z. B. die Erträge aus der Industrie und Kohlenwerke, sowie die der Post und Eisenbahn bedeutend verringern würden.

Betrachten wir die Lage in der Weltindustrie. Der während des Feldzuges hervorgetretene große Mangel an Fertigfabrikaten ist auch heute noch nicht völlig gehoben worden, aber doch nicht deshalb, weil es an Waren fehlt, sondern weil ihr Preis noch so hoch ist. Im allgemeinen sind wir heute dahin gekommen, daß sich jedes Land mehr Waren aus einem Lande fließt einfließt, sondern es steigt sich die Preise an und beengt auch die Kaufkraft, daß für die heimische Industrie Arbeit bleiben muß. Die Erörterung von Dellen ist schon wieder ziemlich lebhaft, und Anfragen werden mit nicht geringerer Aufmerksamkeit beantwortet, wie politische Angelegenheiten. Vorwiegend ist der schärfste Blick nach vor dem Kriege zu richten, heute noch nicht anders geworden. So haben jetzt Pariser Besprechungen England vorgenommen, es wolle deutschen Industrien in Rußland neue Absatzgebiete schaffen, nicht aus Ekel, sondern um deutsche Konkurrenz in englischen Interessensphären zu verhindern.

Die Aufgabe der deutschen Weltwirtschaft ergibt sich nach der Entwertung der Ernte von selbst. Die Leistungsstärke der Industrie darf durch die Erfordernisse des Steuerfaktors nicht unterbunden werden, denn sonst wären wir erst recht unten durch. Die Aufkosten werden durch höhere Löhne in wie so fern steigen, und wenn die ungünstigen Ernteverhältnisse sich auf eine größere Anzahl von Staaten erstrecken, werden diese von selbst benötigt bleiben, sich Arbeit und Absatz zu sichern. Von besonderer Wichtigkeit wird es für uns sein, den begehrtesten deutschen Waren die Ausfuhr offen zu halten, denn ein solcher Zugartitel nimmt ein Dutzend andere mit.

Wir befinden uns also in einer Zeit, in der jeder Schritt rechtzeitig überlegt sein will. Wäre die Weltverordnung mit Wrokan noch so glücklicher betrachtet wie vor 1914, es könnte nicht ruhiger betrachtet werden. Aber das ist eben nicht der Fall. Aber viele leicht trägt auch die Ernte dazu bei, mit einem Teile der Bourgeoisie und Torheiten anzukommen, die jetzt noch die Welt erfüllen. Eine geringe Ernte ist ein Faktor, an dem sich nicht mit Worten vorbeigehen läßt.

## Abschied von Oberschlesien.

Erinnerungsbild der Reichsregierung. Reichspräsident, Reichsregierung und preussische Regierung erlassen folgenden Aufruf: Der Trauertag ist angebrochen, den zu verleben wir drei Jahre lang tief geküßt haben! Ein Teil von Oberschlesien wird jetzt einem fremden Staatsverband überleibt. Ein Teil von dem Land, dessen Untertanenbarkeit so oft von den Staatsmännern und Soldatenführern aller Länder, am meisten von den Oberschlesien selbst, betont worden ist. Ein solches Erbteil deutscher Erde, das in jahrelanger langer Arbeit durch deutschen Fleiß und deutsche Zäh-

igkeit zur heutigen wirtschaftlichen Blüte gebracht ist, wird dadurch dem Mutterlande losgerissen. Nach den ersten Friedensbedingungen sollte ganz Oberschlesien kurzer Hand Polen zugesprochen werden. Einige der wenigen Änderungen, die in Versailles durchgeführt werden konnten, war das Angehörigkeitsverhältnis der Bevölkerung, und die deutsche Bevölkerung an vielen Orten abstimmen mußte. Trotzdem und trotz der wenig verändernden Lage Deutschlands sprach sich die große Mehrheit für das alte Vaterland aus. Mancher aber ließ es plötzlich, das Oberschlesien teilbar sei. Vergänglich waren unsere Bemühungen, die Widerwärtigen davon zu überzeugen, daß nicht nur die Verpflichtungen des Versailles Vertrags, sondern auch das Gebot der wirtschaftlichen Vernunft die Einheit fordere. Der Genfer Spruch hat diesen blühenden, lebendigen Organismus grausam zerschnitten. Wegen dieser Spruch haben wir

burg interne Angelegenheiten erleidet waren, wurde sich die Bevölkerung dem Hauptgegenstand der Beratungen, der Vor der deutschen Presse, zu der Herr Dr. Mittelbach-Kaufmann gab ein erschöpfendes Bild von dem erschreckenden Niedergang der deutschen Presse.

Daran anschließend unerschrocken Herr Staatssekretär Professor Dr. Girsch vom Reichswirtschaftsministerium die nationale, politische und kulturelle Bedeutung der deutschen Presse in ihrer jetzigen Situation. Er die Grundgedanken des Gesetzentwurfs zur Förderung der Not der Presse bekannt, den die Reichsregierung Donnerstag angenommen hat. Der Gesetzentwurf, der in den nächsten Tagen dem Reichstag vorgelegt wird, sollte einen Fortschritt der wirtschaftlichen Notlage der deutschen Presse dar, der wirtschaftlichen Notlage der deutschen Presse im Zusammenhang annehmen wird, in gewissen Maße zu heuern. Als Teil der nächstjährigen Hauptversammlung wurde einmündig Beschlüsse gewährt.

## Dampferkatastrophe im Hamburger Hafen.

Der Dampfer „Hamburg“-Passagier- und Frachtdampfer, vom russischen Schiffbau, der auf der Schiffswerft in Hamburg repariert wurde, sollte jetzt im Tau von vier Schiffsdampfern aus dem Dock auf den Strom gelegt werden. Als die Schlepper den etwas nach Nordost überliegenden Dampfer anhielten und das Dock bereits so weit geöffnet war, daß der Dampfer ins Schwimmen geriet, stieß er plötzlich auf das Schiff plötzlich nach Nordost über, bekam dann Neigung nach der entgegengesetzten Seite und stieg nach Steuerbord um.

Auf dem umgeschlagenen Schiff erstickten eine fünfzigjährige Frau. Ein Teil der an Bord befindlichen brasilianischen Mannschaft sowie der Leute der Werkstätte heranzusammen und sprang ins Wasser, wo die Befehle von Motorbooten den Versuch machte, die Leute so weit wie möglich zu bergen. Ein Teil der Verbleibenden ist auch durch herabfallende Inventarstücke vom Schiff getroffen und verletzt worden.

Die Rettungsarbeiten wurden sofort von der Feuerwehrgesellschaft, die alles aufbot, um die 200 Mann starke Besatzung des Schiffes zu retten. Bisler beträgt die Zahl der Geretteten 118 Mann. Bei den Rettungsarbeiten ereigneten sich einige schwere Unfälle. So wurde einem Verbleibenden bei der Befestigung einer Seemannsflotte der rechte Arm abgetrennt. Ein anderer Verbleibender wollte sich in Wasser an einer Bohrer festhalten, als ein großer Balken ihn zerquetschte. Ein Teil des Schiffes rumpelte in Brand. Eine farbige Steuermaschine land mit tot auf. Ein Arbeiter von Hamburger Anstaltsarbeiten, die auf dem Schiff arbeiteten, werden vernichtet.

## Vom Getreidemarkt.

Wochenbericht der Reichsberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsvereins.

Die Geschäftslage des Produktivmarktes zeigte in verflochtenen Wochen überwiegend feste Haltung, in erster Reihe beeinflusst durch die Gestaltung der Devisen. Das resultierende Auseinandergehen der Anzeigensummen ließen und damit auch eine kräftige Anregung für die Kaufkraft und Deckungsfrage gebracht. Hiernach trat ein unsicheres aber doch in der Hauptsache abwärts gerichtetes Schwanken des Dollars ein, was auch die Produktivpreise zeitweise abschwächen beunruhigte. Man könnte vielleicht mit als Ursache die mangelnde Stimmung des Marktes anführen, daß bei uns die Witterung am Sonntag mehrschichtigen frühbarren Regen gebracht hatte und die Entwicklung unserer Saaten sich in letzter Woche überwiegend günstig weiter vollzog.

Was das Geschäft in Inlandangelegenheiten betrifft, so hatten die Wägen einige Tage hindurch außerordentlich großes Maßgeschick. Daher schrieb sich eine kräftige und täglich anhaltende Nachfrage für ein. Weizen, die noch weniger von den großen Mäulern, als von den zahlreicheren kleineren ausgingen und die fast täglich etwas höhere Preisforderungen bewilligen mußten. Roggen wurde allmählich in ansehnlichen Mengen in Deckung gebracht. Für Weizen ist die Situation sehr fest geblieben. Im Falle der Deckung machte es sich bemerkbar, daß die Nachfrage nach Roggen noch größere Vorteile besaßen, so daß es der laufende Bedarf ist, der allmählich neue Aufschaffungen erzwingt. Für Weizen sind besonders in den ersten Tagen ein sehr großes Geschäft zustande und zwar zum Teil auf spätere Lieferung an inländische öffentliche Firmen, die hauptsächlich landwirtschaftliche Kaufkraft haben. Es scheint, daß man auch für kommende Saison wieder mit härteren Bedingungen des Mais zu rechnen kann.



Die Getreidemenge.

Das Anlagengesetz vom Reichstag beschloffen. Der Reichstag hielt am Freitag in später Abendstunde eine öffentliche Sitzung ab, die vom Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Febr., geleitet wurde. In der Hauptfrage geht sie der Beratung der Gesetzentwürfe über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. Die Ausschüsse des Reichsrats haben lange und eingehend über die Vorlage beraten und sich schließlich auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt. Angenommen wurde folgende von den Ausschüssen vorgeschlagene Resolution: „Die Reichsregierung wird ersucht, zu beschließen, ob nicht der Preis für das Anlagengesetz in der Weise festgesetzt werden kann, daß der Preis für die erste Hälfte nicht niedriger ist als dreiviertel des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1922, für die zweite Hälfte nicht niedriger als dreieinhalb des durchschnittlichen Marktpreises in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922.“

Die Abstimmung in der Vollversammlung ergab 49 Stimmen für und 16 gegen die Vorlage. Mit ja stimmten das preussische Staatsministerium, der Vertreter der Stadt Berlin, Bayern, Sachsen, Baden, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Westfalen, Preußen, Ostpreußen, Brandenburg, Anhalt, Pommern, Lippe, Albstadt, Baden und Schwaben-Lippe. Mit Nein stimmten der Vertreter von Ostpreußen, von Brandenburg, Pommern, Westpreußen-Posen, Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, der Rheinprovinz, Preußen-Ostpreußen und Württemberg.

## Die Not der Presse.

Die Tagung der deutschen Zeitungsverleger. Nachdem im weiteren Verlauf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger in Dan-